

Droht die Zerstörung der Schweiz?

Öffentliche Rede vom 16. Juli 2009
im Hotel Marriott, Zürich

von Christoph Blocher, Herrliberg

Zusammenfassung

Der ehemalige Bundesrat Christoph Blocher schildert an einer öffentlichen Veranstaltung der SVP des Kantons Zürich die Sorge um die Zukunft des Landes. Er stellt fest, dass sich unsere Regierung für das Land nicht effizient einsetzt. Anstatt Widerstand zu leisten, unterwirft sie sich den Drohungen und Forderungen der multinationalen Organisationen und der mächtigsten Staaten. Unantastbare Werte der Schweiz wie Souveränität, Neutralität und Selbstbestimmung werden von unserer Regierung und von den Mitte-Links-Parteien preisgegeben.

Christoph Blocher fordert dezidiert Gegensteuer: Die Bürgerinnen und Bürger sollen das Heft wieder in die Hand nehmen und beispielsweise die Landesregierung selbst wählen können.

Bürgerinnen und Bürger konsterniert

Die Bürgerinnen und Bürger reagieren zur Zeit heftig auf die desolaten politischen Zustände der Schweiz. Das Ausmass der zornigen Reaktionen, die Christoph Blocher in den letzten Monaten erhalten hat, ist überwältigend.

Junge Familien bangen um die Ausbildung ihrer Kinder. Andere sind über die Gewaltbereitschaft vieler Jungen entsetzt. Betagten und Alleinstehenden bleibt nach dem Abzug von unzähligen Abgaben und Steuern nicht genug Geld zum Leben. Bürgerinnen und Bürger schämen sich vor dem schwachen Auftritt unserer Regierung, insbesondere wenn es um die Verteidigung des Bankkundengeheimnisses geht. Sie befürchten sogar, dass der Schweizer Finanzplatz am Abgrund steht und unser Land schliesslich in die EU getrieben wird.

Anpassung statt Widerstand

Christoph Blocher teilt das Unbehagen, wonach sich unsere politischen Vertreter im Ausland vorführen und demütigen lassen. Die Landesregierung ist zurzeit nicht willens und nicht fähig, die Interessen des Landes zu verteidigen. Anstatt Widerstand zu leisten, wird die bequemere Form der Anpassung bevorzugt. Die mangelnde Widerstandskraft der Politiker schreibt Blocher dem Übermut und dem Zerfall infolge wirtschaftlich zu guter Jahre zu.

Christoph Blocher erwähnt einige Beispiele: Der Finanzminister Deutschlands, der als deklarierter Feind des Schweizer Bankkundengeheimnisses auftritt, wird von unserem Bundespräsidenten als „guter Freund“ bezeichnet. Unsere Aussenpolitik mischt sich in Angelegenheiten anderer Staaten ein und tritt gerne mit der moralisierenden Diplomatie des Zeigefingers auf. Die Armee will in ferne Gewässer auf Piratenjagd gehen.

Diese Beispiele, so Christoph Blocher, offenbaren die Schwächen unserer politischen Führung. Sie schaden dem Wirtschaftsstandort Schweiz sowie fundamentalen Werten wie Freiheit und direkte Demokratie. Sie zeigen, dass die Regierung nicht mehr zur Schweiz steht. Die Gretchenfrage lautet: Wie hältst Du es mit der Schweiz? Diese sei für die Wählbarkeit von Politikern zu stellen.

Das Bankkundengeheimnis schützt den Bürger

Christoph Blocher erinnert an die freiheitlich-demokratische Staatsverfassung, die die Schweiz stark gemacht hat. Der Staat schützte seine Bürger vor Staatseingriffen. Darum entstand auch das schweizerische Bankkundengeheimnis, das den Bürger vor dem Staat (speziell dem „Schnüffelstaat“) und vor ungerechtfertigter Auskundschaftung der Privatsphäre schützt. Ausser bei kriminellen Handlungen soll der Staat keinen Einblick in die Bankverbindungen bekommen.

Dies galt bis vor wenigen Monaten. Christoph Blocher erinnert, wie im Frühjahr 2009 der Bundesrat das Bankkündengeheimnis – zumindest gegenüber Ausländer – leider fallen liess: Dem Fiskus der USA wurden rechtswidrig Kundendossiers ausgehändigt. Vor der Drohung der OECD, die Schweiz in Bezug zum Bankgeheimnis auf eine schwarze oder graue Liste zu setzen, brach der Bundesrat erneut ein. Für Christoph Blocher ist es unverständlich, dass die Landesregierung Steuer-Beschlüsse der OECD, die ohne den Gründungs- und Mitgliedstaat Schweiz gefasst wurden, anerkannt hat: Eine solche Haltung ist für einen Kleinstaat verhängnisvoll. So verliert die Schweiz im Ausland den Respekt.

Weitere Missstände

In seiner Ansprache weist Christoph Blocher auf die steigende Steuer- und Abgabenbelastung hin. Die Tendenz, dass dem Bürger immer mehr genommen wird, ist zu stoppen. Christoph Blocher wehrt sich gegen die Verdreifachung der CO₂-Abgaben, die massive Erhöhung der Schwerverkehrsabgaben, die Verteuerung der Energie. Denn eine geringe Belastung des Bürgers durch den Fiskus ist eine wichtige Voraussetzung für Wohlfahrt und Vollbeschäftigung. Generell hätten die Bürger im Interesse des Landes zu allen Steuer-, Abgaben- und Gebührenerhöhungen Nein zu sagen.

Daher äussert sich Christoph Blocher auch dezidiert gegen die Mehrwertsteuererhöhung auf 8 Prozent (Abstimmung vom 27. September 2009). Ein Ja zu dieser Vorlage wäre ein Raubzug auf die Bürger und würde zudem die AHV um Milliarden von Franken schwächen.

Christoph Blocher spricht zudem vom Ernst der Lage bei der Krankenversicherung. Der Prämienanstieg im kommenden Jahr um bis zu 15 Prozent ist inakzeptabel. Sein Rezept: Krankenkassengebühren einfrieren, Kontrahierungszwang aufheben, verfehltes Krankenversicherungsgesetz rückgängig machen, Versicherungsobligatorium beseitigen.

Auch die neue Kinderbetreuungsverordnung von Bundesrätin Widmer-Schlumpf wird von Christoph Blocher ins Visier genommen. Die Versozialisierung von Schule und Erziehung sei eine Fehlentwicklung. Dass Tanten, Götti und Gotte oder Freunde eine staatliche Bewilligung brauchen sollen, wenn sie die Kinder regelmässig zu sich nehmen wollen und bei Regelwidrigkeit mit bis 5000 Franken bestraft werden können, zeige die Realitätsferne der Amtsstuben.

Darüber hinaus kritisiert Christoph Blocher die ungerechte Besteuerung der Eltern, die ihre Kinder selber erziehen. Blocher kündigte eine Volksinitiative an, die Eltern, die ihre Kinder selber betreuen, mit steuerlichen Abzügen und Gutschriften nicht schlechter gestellt werden dürften als Eltern, welche die Kindererziehung zum Beispiel dem Staat überlassen. Er kritisiert zudem die falsche Richtung der neuen Schulpolitik, in der die Sonderklassen abgeschafft, die Klassenlehrer durch Fachlehrer ersetzt, die Ausbildung der Kinder verschlechtert und das Ganze unzählbar werde.

Christoph Blocher befürchtet auch gravierende Engpässe in der Energieversorgung. Er ist beunruhigt, dass das Dossier über den Bau von neuen Kernkraftwerken stillsteht. Dadurch wird die sichere, kostengünstige, genügende und umweltfreundliche Energieversorgung gefährdet.

Das Volk soll den Bundesrat wählen

In den Bundesrat, so Christoph Blocher, sollen Persönlichkeiten gewählt werden, die sich für die Schweiz einsetzen. Daher ist die Volkswahl zur Dringlichkeit geworden. Die Regierung wäre dann weniger vom parlamentarischen Intrigenspiel abhängig und mehr der Bevölkerung verpflichtet.

Entscheidend sei für alt Bundesrat Blocher, dass die Wahlen 2011 der SVP nochmals Gewinne bringen. Nur dann würde endlich ein Umdenken erreicht, das die Interessen der Schweiz wieder ins Zentrum rückt.

Weitere Informationen: Tel. 044 921 20 10

www.blocher.ch